

EDITORIAL

Wie viel ist uns gute Medizin wert?

Die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr fordert nach dem Absturz der Managed-Care-Vorlage am 17. Juni weniger Kaiserschnitte, mehr Diabetes-Netzwerke und tiefere Medikamentenpreise. Der Baselstädter SVP-Nationalrat Sebastian Frehner will mehr Selbstverantwortung dank höherer Kostenbeteiligung im Krankheitsfall. Managed Care ist an der Urne abgestürzt. Die integrierte Versorgung wird aber am Markt auch ohne Politik weiter zulegen. Die Krankenversicherer haben bis zur nächsten Einheitskassen-Abstimmung Zeit, mit guten Versicherungsprodukten sowie Informationen zur Qualität der medizinischen Leistungen das Stimmvolk vom Mehrwert des regulierten Wettbewerbs im Gesundheitswesen zu überzeugen. Unerwünschte Telefonwerbung ist dabei nicht hilfreich.

comparis.ch bringt die Meinung der Konsumenten in politische Diskussionen ein. Nur ein Drittel der Befragten hält die Medikamenten-Hochpreisinsel Schweiz für gerechtfertigt. Die hiesige Pharmaindustrie mit hohen Medikamentenpreisen via Grundversicherungsprämien zu fördern, scheint politisch nicht mehrheitsfähig zu sein.

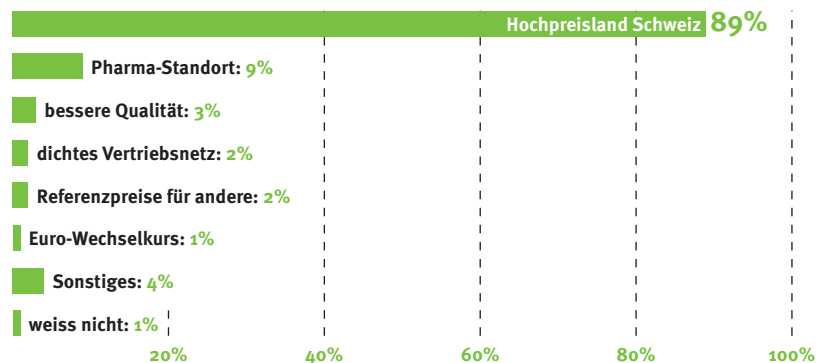
Feriengrüsse per Postkarte sind laut Comparis-Umfrage bei 70 Prozent angesagt. comparis.ch bietet die Konsumentenstimme sowohl auf Papier als auch elektronisch an und wünscht eine spannende Lektüre. *Felix Schneuwly, Head of Public Affairs*

Medikamentenpreise jenseits der Schmerzgrenze

Medikamente kosten in der Schweiz mehr als im Ausland. Laut einer Comparis-Umfrage hält nur jeder Dritte die Preisdifferenzen für gerechtfertigt. Zudem denken die Befragten, dass die Preisunterschiede zum Ausland deutlich kleiner sein müssten, als das heute der Fall ist.

ig. Medikamente sind ein wesentlicher Kostenblock im Schweizer Gesundheitswesen und zudem noch ein Kostenblock, der überdurchschnittlich wächst (vgl. auch Box unten): Rund jeder fünfte Franken wird im Gesundheitswesen für Arzneimittel ausgegeben. Dass die Medizin vielfach nicht nur bitter, sondern hierzulande auch teurer als im Ausland ist, wissen auch die Prämienzahler. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Internet-Vergleichsdienstes comparis.ch. Dabei hat das Marktforschungsinstitut GfK Ende Juni und Anfang Juli telefonisch 1200 Personen in der ganzen Schweiz befragt. 86 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass Medikamente in der Schweiz mehr kosten als im benachbarten Ausland. Verständnis haben die Befragten wenig für die höheren Preise. Nur gut ein Drittel dieser Befragten findet es gerechtfertigt, dass Medikamente in

Schweizer Medikamente vor allem teuer



Der Pharma-Standort ist für die Befragten kein akzeptabler Grund für höhere Preise, die im Allgemeinen höheren Schweizer Preise hingegen schon.

Quelle: comparis.ch

der Schweiz mehr kosten als im Ausland, unabhängig davon, ob die Produkte importiert oder in der Schweiz hergestellt worden sind.

Das Argument «Förderung des Pharma-Standorts» stösst auf taube Ohren. Von den Befragten, die die

Preisdifferenz bei den in der Schweiz hergestellten Medikamenten im Vergleich zum benachbarten Ausland gerechtfertigt finden, geben nur 9 Prozent an, dass dieses Argument die Preisunterschiede rechtfertigen würde (vgl. Grafik). Weit wichtiger ist,

» Fortsetzung auf Seite 2

4.9 Prozent...

... pro Jahr sind die Kosten für Medikamente und Material zwischen 1998 und 2010 gestiegen. Damit sind diese Kosten stärker gestiegen als die Gesamtkosten (+3.8 Prozent) oder als andere grosse Kostenblöcke wie stationäre Spitalbehandlungen (+3.3 Prozent) und ambulante Behandlungen (+4.2 Prozent). Dies zeigt eine Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan). Medikamente, stationäre und ambulante Behandlungen machen 92 Prozent der Gesamtausgaben in der obligatorischen Grundversicherung aus.

Der Anteil der Medikamentenkosten an den von den Krankenkassen bezahlten Gesamtkosten ist von 20 Prozent im Jahr 1998 auf knapp 23 Prozent im Jahr 2010 gestiegen. Laut Obsan sind es vor allem die Medikamente, die zusammen mit den ambulanten Behandlungen zu deutlich höheren Kosten führen. Als Grund für die gestiegenen Medikamentenkosten nennt das Obsan die Wahl neuerer und teurerer Medikamente sowie zu einem kleinen Teil auch die Zunahme des Pro-Kopf-Konsums. Alterung und Bevölkerungszunahme erklären nur einen Fünftel der Veränderung der Gesamtkosten zwischen 1998 und 2010.

dass die Schweiz generell ein Hochpreis- und Hochlohnland ist (89 Prozent). Lediglich 3 Prozent der Befragten versprechen sich durch die höheren Preise eine bessere Qualität.

Falsche Annahme bei Generika

Fragt man, wie gross der Preisunterschied im Vergleich zum Ausland ist, schätzt jeder Zweite der Befragten, die annehmen, dass Medikamente im Ausland günstiger sind als in der Schweiz, dass ein Originalpräparat in den Nachbarländern mindestens ein Drittel weniger kostet als in der Schweiz. Bei Generika geht jeder Zweite von einer Preisdifferenz zum Ausland von mindestens 23 Prozent aus. Die Befragten nehmen also an, dass die Preisdifferenz zum Ausland bei einem Nachahmerprodukt kleiner ist als bei einem Originalpräparat. Gemäss Auslandspreisvergleich ist dies aber genau umgekehrt: Der Fabrikabgabepreis für Originalpräparate ist in den Referenzländern (Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Niederlande und Österreich) 19 Prozent tiefer als in der Schweiz. Bei Generika beträgt der Preisunterschied hingegen 45 Prozent. Die Fehlannahme der Befragten ist nachvollziehbar: Generika gelten als günstig, darum gehen viele wohl davon aus, dass die Preisdifferenz zum Ausland kleiner sein muss.

comparis.ch hat auch untersucht, welche Preisdifferenz im Vergleich zum Ausland die Schweizer für gerechtfertigt halten. Bei Originalpräparaten sind dies im Durchschnitt 14 Prozent, bei Generika 10 Prozent. Die Zahlen zeigen: Die Befragten schätzen die Situation realistisch ein und können mit einer kleinen Preisdifferenz – die es ja auch in anderen Branchen gibt – durchaus leben.

Bis sich die Preise auf dem für die Befragten akzeptablen Niveau befinden, dürfte es noch eine Weile gehen. So gibt es zurzeit erheblichen Widerstand gegen die im ersten Quartal vom Bundesrat beschlossene Preissenkung aufgrund des tiefen Euro-Wechselkurses. Wer sich für tiefere Medikamentenpreise einzusetzen hat, ist für die Bevölkerung klar. So hat eine im letzten Herbst durchgeführte Comparis-Umfrage ergeben, dass fast neun von zehn Personen von den Krankenkassen erwarten, dass diese tiefere Medikamentenpreise aushandeln.

Mehr Krankenkassenleistungen oder mehr Eigenverantwortung?

Die Managed-Care-Reform ist nach dem wuchtigen Nein an der Urne Geschichte. Die SP und SVP hatten sich für die Ablehnung der Reform stark gemacht.

jg. «Nach dem Spiel ist vor dem Spiel», hat die deutsche Fussballtrainerlegende Sepp Herberger einmal gesagt. Im Schweizer Gesundheitswesen heisst es analog dazu: Nach einer Re-

form ist vor der nächsten Reform. So auch bei Managed Care: Kaum abgelehnt, werden schon die nächsten Reformvorschläge präsentiert. Die Konsumentenstimme gewährt deshalb

Jacqueline Fehr und Sebastian Frehner eine Carte Blanche, mit der sie ihre Ideen zur Verbesserung des Gesundheitswesens und für ein Dämpfen des Kostenanstiegs präsentieren.

«Aufgabe der Krankenkassen»

Jacqueline Fehr, Nationalrätin (SP, Zürich), Vizepräsidentin SP Schweiz

Für die Kostenkontrolle sind hauptsächlich die Krankenkassen verantwortlich. Die Krankenkassen müssen erstens unnötige Leistungen erkennen und verhindern. Dazu beitragen



kann beispielsweise eine Reduktion der viel zu hohen Kaiserschnittquote, indem die günstigere und sicherere natürliche Geburt gefördert wird. Zweitens sollen die Versorgungsangebote für chronisch kranke Menschen gefördert werden, zum Beispiel mit Diabetes-Netzwerken. Eine dritte Massnahme betrifft den Kampf gegen die zu hohen Medikamentenkosten und gegen die zu hohen Preise für medizinische Hilfsmittel. Dieser Kampf ist deutlich stärker zu führen, etwa mittels einer Reduktion der Generika-Preise.

Viertens müssen die Krankenkassen Hand bieten zu einem Hochrisikopool mit entsprechenden Behandlungspfaden; hier können als Beispiel Herz-Kreislauf-Erkrankungen genannt

werden. Sie sollten fünftens Pilotprojekte starten, mit denen die Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen befähigt werden, im Alter und bei chronischen Krankheiten einen Teil der Pflege selber auszuführen und möglichst lange autonom zu bleiben. Als Stichwort sei hier die Patientenakademie genannt. Schliesslich sollten – sechstens – die Krankenkassen, statt selber Arztpraxen aufzukaufen, sich vielmehr in der Förderung der Hausarztmedizin engagieren. Sie sollen zum Beispiel typische Hausarztleistungen besser abgelden.

Teuer ist das Gesundheitswesen dort, wo entweder zu viel oder unnötig oder wirkungslos Geld ausgegeben wird. Genau das zu vermeiden ist Aufgabe der Krankenkassen.

«Eigenverantwortung stärken»

Sebastian Frehner, Nationalrat (SVP, Basel Stadt)

Das Schweizer Gesundheitswesen ist ein äusserst stark reguliertes, kompliziertes und intransparentes System. Jeglicher Versuch einer Änderung zur Kontrolle oder Dämpfung



der Kosten tangiert die eine oder andere Interessensgruppe und stösst deshalb auf Widerstand. Aufgrund dessen sind tiefgreifende Änderungen unseres Gesundheitswesens zurzeit nicht möglich. Deswegen bin ich mir bewusst, dass einige von der SVP vorgeschlagenen Lösungsansätze (zum Beispiel die Aufhebung des Obligatoriums) mittelfristig nicht mehrheitsfähig sind.

Nichtsdestotrotz ist es an der Politik, Massnahmen zu ergreifen, die wenigstens im Kleinen Verbesserungen herbeiführen, damit die Gesundheitskosten nicht stetig anwachsen. Folgende kostendämpfenden Vorschläge könnten durchaus Mehrheiten finden: Erstens können mit einer Erhöhung von Franchise und/

oder Selbstbehalt die Prämien gesenkt und die Eigenverantwortung gestärkt werden. Viele Versicherte stört es, dass praktisch alle Bagatellfälle und auch Unnötiges gedeckt werden. Damit man chronisch oder schwer Kranke nicht straft, wäre zu prüfen, ob diese Fälle nicht von Selbstbehalt und Franchise ausgenommen werden könnten. Zweitens sollten Personen mit höherem Krankheitsrisiko (zum Beispiel alte Menschen) bei der Wahl einer höheren Franchise einen höheren Prämienrabatt erhalten. Drittens müssen andere Prämienrabatte – zum Beispiel für HMO-Modelle – auf echten Kostenreduktionen beruhen und sollten erst am Ende des Jahres als Überschussbeteiligung gewährt werden.

Unerwünschte Telefonwerbung ohne Ende

Trotz der jüngsten Verschärfung des UWG erhält ein Grossteil der Bevölkerung Werbeanrufe. Ändert sich die Situation längerfristig nicht, ist auch der Bund gefordert.

ig. Seit 1. April gilt das verschärfte Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG). Mit der Verschärfung sind insbesondere die Konsumentenrechte bei Telefonwerbung gestärkt worden: Wer einen ablehnenden Vermerk im Telefonbuch hat und trotzdem Werbeanrufe erhält, kann neu den Rechtsweg beschreiten. Bisher hat die UWG-Revision aber noch nicht die gewünschte Wirkung entfaltet. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage von comparis.ch. Bei dieser haben 57 Prozent der Befragten angegeben, dass sie im ersten Halbjahr zum Thema Grundversicherung kontaktiert worden sind, ohne dass sie vorher bereits Kontakt mit der entsprechenden Krankenkasse gehabt hätten.

Auch andere Branchen setzen massiv auf Telefonwerbung. 59 Pro-

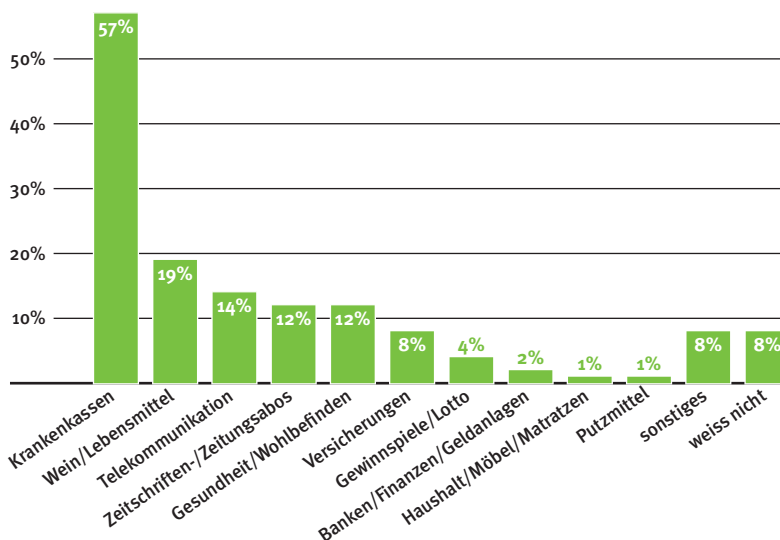
zent aller Befragten erhielten Anrufe. Die meisten Werbeanrufe (19 Prozent) stammen von Wein- oder Lebensmittelverkäufern (vgl. Grafik). 14 Prozent aller Befragten haben einen Anruf einer Telekommunikationsfirma erhalten, 12 Prozent von einem Zeitungsabverkäufer. Gleich oft wird für Gesundheitsprodukte zum Hörer gegriffen.

Kaum Schutz durch Sterneintrag

Ein Vermerk im Telefonbuch, bekannt als Sterneintrag, sollte Schutz vor unerwünschten Werbeanrufen bieten. Jedoch zeigt die Befragung, dass praktisch gleichviele Befragte mit Sterneintrag Werbeanrufe erhalten haben wie Befragte ohne einen solchen Vermerk im Telefonbuch.

Nicht alle Befragten, die einen Sterneintrag haben und Werbean-

Die Krankenkassen werben am aggressivsten



Neben Krankenkassen werben auch zahlreiche andere Branchen per Telefon. Nach den Krankenkassen am aktivsten sind Verkäufer von Wein und Lebensmitteln.

Quelle: comparis.ch

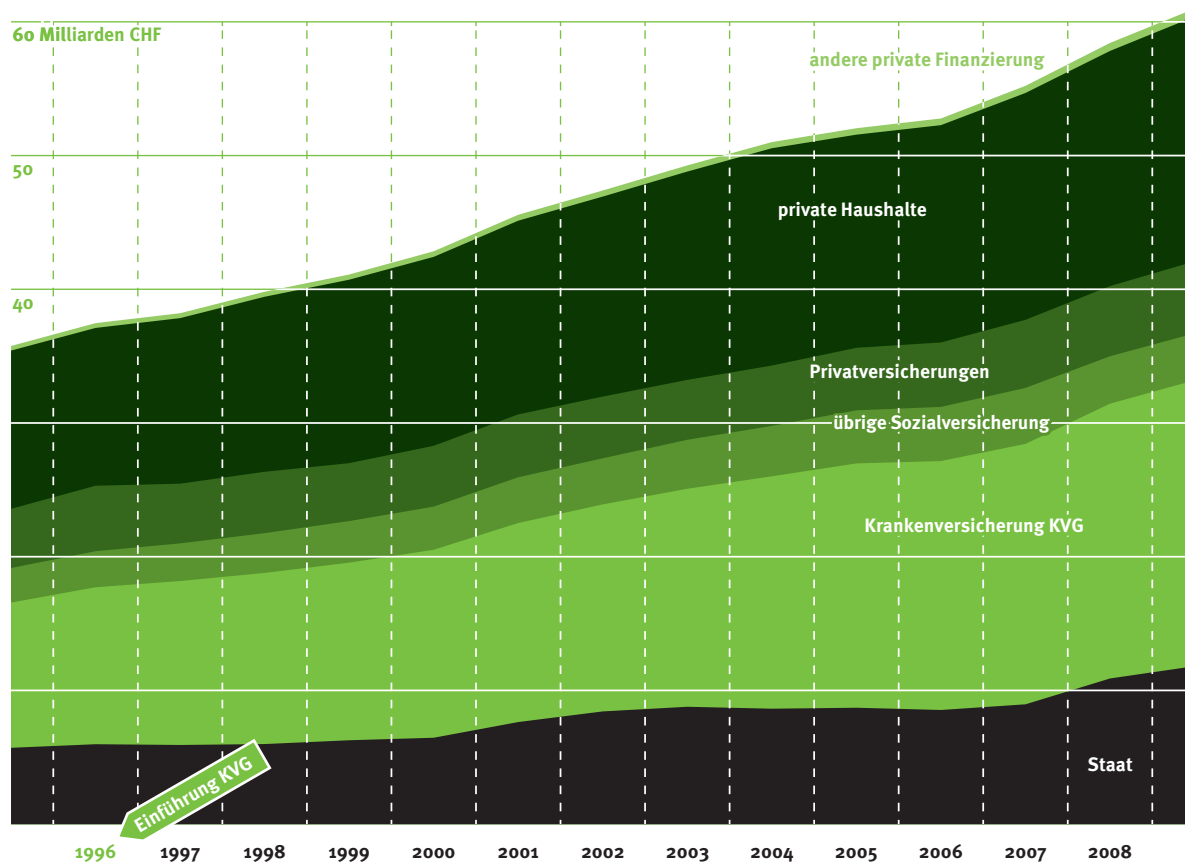
rufe erhalten, nehmen dies einfach so hin. 28 Prozent dieser Befragten haben sich nach einem solchen Anruf gewehrt. Eine grosse Mehrheit hat dabei einfach den Anrufer gebeten, ihn nicht mehr anzurufen, bzw. von der Liste zu streichen. Den Verstoss einer Drittorganisation gemeldet, haben nur 4 Prozent der Betroffenen. Konsumentenschutzorganisationen

können beispielsweise auch rechtlich vorgehen und haben verschiedene Firmen wegen Missachtung des Sterneintrags bereits angezeigt. Zeigt die Verschärfung des UWG längerfristig nicht die gewünschte Wirkung, ist auch der Bundesrat gefordert. Das UWG sieht explizit vor, dass der Bund bei erheblichen Verstössen klagt.

GESUNDHEITSKOSTEN

Wachstum zulasten Krankenkassen

ig. Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Jahr 1996 bis zum Jahr 2009 ist die durchschnittliche Prämie eines Versicherten um 70 Prozent gestiegen. Der Anstieg der Gesundheitskosten war im gleichen Zeitraum mit 63 Prozent allerdings niedriger. Arbeiten die Krankenkassen weniger effizient als noch 1996? Nein: Die Kassen arbeiten sogar effizienter als 1996. Grund für den stärkeren Anstieg der Prämien ist auch der wachsende Anteil, den die Kassen an den gesamten Gesundheitskosten finanzieren. 1996 bezahlten die Krankenversicherer 31 Prozent der Gesamtkosten, 2009 waren es bereits über 35 Prozent. Abgenommen hat der Anteil der direkt von den Privathaushalten finanzierten Ausgaben (1996: 32 Prozent, 2009: 30 Prozent) sowie der Anteil der Privatversicherungen (1996: 13 Prozent, 2009: 9 Prozent) ✓



Quelle: BFS

Postkarte im Trend

SMS, MMS, Facebook und Twitter hin oder her – die gute, alte Postkarte hat auch im elektronischen Zeitalter noch längst nicht ausgedient. Dies hat eine repräsentative Comparis-Umfrage unter 15- bis 74-Jährigen gezeigt. Demnach ist die Postkarte selbst bei der jungen Generation die klare Nummer Eins für die Übermittlung von Feriengrüssen. Von den unter 30-Jährigen, die Feriengrüsse verschicken, gaben 69 Prozent an, die Lieben zu Hause mit einer Postkarte zu beglücken. Im Schnitt aller Alterskategorien liegt dieser Wert bei 77 Prozent. Neben der Postkarte sind SMS und MMS (61 Prozent) deutlich abgeschlagen, Telefon (39 Prozent) sowie E-Mail (26 Prozent) sind weitere Übertragungskanaäle, um sich aus den Ferien zu melden. Immerhin 7 Prozent schreiben auch Briefe.

Die allgemeine Beliebtheit der Postkarte ändert nichts daran, dass die jüngeren Generationen häufig auch den elektronischen Weg wählen, um aus den Ferien Lebenszeichen zu geben. Jedenfalls zeigt die Befragung, dass die 15- bis 29-Jährigen SMS, E-Mail, Facebook und auch das Telefon signifikant häufiger nutzen als die Generation 50plus.

Die elektronische Übermittlung von «Hallo-es-gibt-mich-noch»-Botschaften aus dem Urlaub setzt einen Internetzugang voraus. Laut Umfrage nutzen 45 Prozent aller befragten 15- bis 74-Jährigen das Internet während ihrer Ferien überhaupt nicht. Bei den Unter-30-Jährigen liegt die Quote der Internetabstinenten dagegen bei nur 27 Prozent.

Effizienter als ihr Ruf

Gerade einmal 3.50 Franken von 100 Franken Prämien setzt die Krankenkasse Sana24 für ihre eigene Verwaltung ein. Die Visana-Tochter erhält darum den «Effizienz-Preis» von comparis.ch.

fri. Wer Prämien zahlt, möchte Leistungen erhalten – doch nicht um jeden Preis. Die Konsumenten möchten wissen, was mit ihren Geldern geschieht. Die Effizienz der Krankenkassen, das heisst der Anteil der Verwaltungskosten am Prämienvolumen, soll darum – nebst der Prämienhöhe – ein Kriterium sein, weshalb man sich für einen Anbieter entscheidet.

Transparenz für Prämienzahler

Um dem Prämienzahler diese Transparenz zu bieten, hat comparis.ch den «Effizienz-Preis» lanciert. Prämiiert werden die Krankenkassen mit den prozentual tiefsten Verwaltungskosten. Der erstmals verliehene Preis geht in der Kategorie der nationalen Krankenkassen an die Sana24, eine Tochter der Visana-Gruppe. Ihre Verwaltungskosten belaufen sich auf lediglich 3.5 Prozent der Prämieinnahmen. Von den regionalen Kassen, die nicht in sämtlichen Kantonen Grundversicherungskunden haben, gewinnt die Vita Surselva mit 1.6 Prozent.

Ausgezeichnet werden nebst den beiden Siegern die Krankenkassen, deren Verwaltungskosten sich auf weniger als 4.7 Prozent belaufen. Dieser Wert orientiert sich an den Aufsichtsdaten aus dem Jahr 2010. Damals hatte das effizienteste Viertel der Kassen weniger als 4.7 Prozent ihrer Einnahmen für die Verwaltung ausgegeben.

Verwaltungskosten stark überschätzt

Die Zahlen zeigen es deutlich: Die Verwaltungskosten werden häufig

Besonders effiziente Krankenkassen 2012

<u>National</u>		Rang	<u>Regional</u>	
Sana24	3.5%	1	Vita Surselva	1.6%
Atupri	3.7%	2	Sodalıs	2.5%
Provita	4.1%	3	Sumiswalder	3.2%
Visana	4.3%	4	Vivacare	3.5%
Aquilana	4.3%	5	Publisana	3.8%
Intras	4.4%	6	Klug	4.6%
Assura	4.7%	7	—	—

Verwaltungskosten höchstens 4.7 Prozent der Prämieinnahmen.

Quelle: comparis.ch

überschätzt. Laut einer Umfrage von Santésuisse schätzen die Schweizer ihren Anteil auf über 30 Prozent. Dabei liegt der Durchschnitt insgesamt bei 5 Prozent. Seit im Jahr 1996 das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) in Kraft getreten war, ist dieser Wert stark gesunken. Die Krankenkassen haben einiges in ihre Verwaltung investiert, um im wettbewerblichen Gesundheitssystem der Konkurrenz einen Schritt voraus zu sein. Um dies noch stärker zu fördern, prämiiert comparis.ch ab nächstem Jahr zusätzlich Projekte, mit welchen die Krankenkassen die Verwaltungskosten senken.

Am «Effizienz-Preis 2012» teilgenommen haben: Aquilana, Arcosana, Atupri, Assura, Caisse-Maladie Vallée d'Entremont, Concordia, CSS, EGK, Galenos, Glarner Krankenversicherung, Kolping, Krankenkasse Steffisburg, Provita, Publisana, Rhenusana, Sana24, Sanagate, Sanavals, SLKK, Sodalıs, Sumiswalder Krankenkasse, Supra, Swica, Visana, Vita Surselva, Vivacare.

Grosser Wirbel im Telecom-Markt

rb./fri. Eine Revolution hat sich diesen Sommer im Schweizer Mobilfunkmarkt abgespielt. Marktführerin Swisscom bietet mit den «Infinity»-Abos eine neue Art der Abrechnung an. Der Kunde bezahlt die Handy-Dienste innerhalb der Schweiz nicht mehr je nach Umfang seiner Nutzung, sondern aufgrund der Datengeschwindigkeit. Dieses Angebot ist transparent. Monat für Monat bezahlen die Kunden gleich viel.

Die Konkurrenz kam mächtig unter Druck. Sunrise hat prompt reagiert und die Grundgebühren ihrer Flatrate-Angebote gesenkt. Das hat sich aber als eine Alibi-Übung herausgestellt: Die meisten Kunden fahren mit anderen Sunrise-Angeboten besser. Orange hat ebenfalls Preissenkungen angekündigt – aber bloss in Form einer Promotion, um Neukunden anzuwerben.

Höhere Prämien für Ausländer

ig. Ausländische Automobilisten müssen für die Versicherung tiefer in die Tasche greifen als Schweizer. Dies zeigt ein Prämienvergleich für ausgewählte Nationalitäten von comparis.ch. Personen aus der Türkei, Serbien oder Albanien zahlen im Durchschnitt rund 55 Prozent mehr als Schweizer mit dem exakt gleichen Profil. Tiefer fällt der Prämienaufschlag bei Staatsangehörigen eines unserer Nachbarländer aus: Franzosen und Italiener bezahlen für ihre Autoversicherung rund 20 Prozent mehr als Schweizer, deutsche Staatsangehörige 6 Prozent.

Comparipedia

Hypothekarischer Referenzzinssatz

Ändern sich die Hypozinsen, dürfen auch die Mieten angepasst werden. Basis dafür ist der hypothekarische Referenzzinssatz. Dieser stützt sich auf den volumengewichteten durchschnittlichen Zinssatz der Banken in der Schweiz. Berücksichtigt werden dabei nur inländische Forderungen in Schweizer Franken. Die Banken müssen vierteljährlich Daten melden. Die Datenerhebung und die Berechnung des Durchschnittszinssatzes er-

folgen durch die Nationalbank im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen.

Seit 2008 ist der Referenzzinssatz deutlich gesunken. Die Folge davon müssten Mietzinssenkungen sein. Gemäss einer repräsentativen Comparis-Studie haben jedoch nur 27 Prozent der Mieter vom gesunkenen Referenzzinssatz profitiert. Bei zwei Drittel der Mieterinnen und Mieter blieb die Miete unverändert. Allerdings: Nur wenige Mieter haben eine Mietzinssenkung verlangt. Ist die Miete angepasst worden, verdankt die Mehrheit der Mieter die Senkung dem Vermieter.

IMPRESSUM

Herausgeber: comparis.ch, Stampfenbachstrasse 48, CH-8006 Zürich
© 2012 comparis.ch

Redaktion: Ralf Beyeler (rb), Lorenz Frischknecht (fri), Jonas Grossniklaus (ig), Peter Meier (pem), Felix Schneuwly (fs)

Gestaltung: yw@blackbox.ch

Druck: rva Druck und Medien AG, Altstätten

Reaktionen: redaktion@comparis.ch
Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe (comparis.ch) gestattet; abrufbar als PDF auf:
www.comparis.ch/konsumentenstimme

cømparis.ch

Stellungnahme zu den gegen comparis.ch erhobenen Vorwürfen

comparis.ch will lückenlose Aufklärung

In den letzten Tagen und nach Redaktionsschluss der Konsumentenstimme ist comparis.ch mit dem Vorwurf konfrontiert worden, einen gezielten «Hackerangriff» auf die Website priminfo.ch des Bundesamts für Gesundheit (BAG) verübt zu haben. Da diese Vorwürfe an das Unternehmen haltlos und rufschädigend sind, möchten wir an dieser Stelle ausführlich darüber informieren.

Was geschah?

- Die Zeitschrift «L'Hebdo» zitierte am 30. August 2012 aus einer E-Mail, in der das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) das Bundesamt für Gesundheit (BAG) über eine sogenannte SQL-Injection informierte. Diese Abfrage erfolgte am 28. September 2011 auf der BAG-Website priminfo.ch. An diesem Tag wurden auf dieser Website die Krankenkassenprämien fürs Jahr 2012 veröffentlicht.
- Für diese Abfrage ist ein einzelner Mitarbeiter von comparis.ch verantwortlich. Der Mitarbeiter handelte ohne geschäftlichen Auftrag. Er unternahm dies aus rein persönlichem Interesse, allerdings während der Arbeitszeit und an seinem Arbeitsplatz. Er wollte aus Neugierde die Sicherheit der BAG-Website testen und keinesfalls hacken. Aus Sicht von comparis.ch liegt auch im rechtlichen Sinne weder ein Hacking noch sonst eine Straftat oder versuchte Straftat vor, bis das Gegenteil bewiesen ist.
- comparis.ch hatte selbstverständlich ein Interesse an den Prämiendaten. Diese waren aber öffentlich und öffentlich zugänglich. Bei der Datenbeschaffung kam eine Technik zum Einsatz, die auch vom Bundesgericht als legal bezeichnet und gestützt wird. Es handelt sich um sogenannte Crawler-Software. Diese Technik findet in jeder Suchmaschine Verwendung. Der fehlbare Mitarbeiter war in keiner Weise in dieses Crawling involviert.

Zeitpunkt der Vorwürfe in «L'Hebdo» nicht zufällig

- Aus der in der Presse zitierten E-Mail geht hervor, dass das Bundesamt für Informatik bereits früh nach dem 28. September von der fraglichen Abfrage Kenntnis hatte. Offenbar hat das BAG daraufhin auf weitere Schritte verzichtet. Jedenfalls hat keine Behörde comparis.ch jemals mit konkreten Fakten oder Beweisen konfrontiert. Von diesen erfuhr comparis.ch erst 11 Monate später über die Medien (siehe auch auf der nächsten Seite das Interview in der «SonntagsZeitung» vom 2. September 2012).
- Zudem war die Redaktion der Zeitschrift «L'Hebdo» nicht bereit, die genauen Fakten zu den Piraterie-Vorwürfen comparis.ch vor dem Druck der Zeitschrift offenzulegen, selbst unter Zusage des Quellenschutzes nicht. comparis.ch konnte am Tag vor der Publikation aufgrund des damaligen Wissensstands beim Kantonsgericht Waadt eine superprovisorische Verfügung erwirken. Diese Intervention wäre nicht nötig gewesen, hätte die Redaktion Fairness walten lassen und comparis.ch die vermeintlichen Beweise vorgelegt.
- Die Publikation der Vorwürfe erfolgte kurz vor der Bekanntgabe der Prämien 2013. Dies stützt den Verdacht einer gezielten, rufschädigenden Kampagne gegen comparis.ch.

Transparenz gemäss Öffentlichkeitsgesetz

- Bereits kurz nach der Publikation der E-Mail gab Bundesrat Alain Berset bekannt, eine Strafanzeige einzureichen. comparis.ch begrüsst diesen Schritt, denn eine Klage bietet die Gelegenheit, die Vorwürfe vollständig und endgültig zu klären und zu entkräften.
- Um zusätzlich Transparenz zu schaffen, hat comparis.ch ein Gesuch gemäss dem Bundesgesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (BGÖ) eingereicht. comparis.ch verlangt Kopien sämtlicher Dokumente, die im Zusammenhang mit den Vorwürfen stehen. Auf diese Weise soll Klarheit darüber geschaffen werden, seit wann die Vorwürfe im BAG bzw. dem EDI bekannt sind und wie sich die Behörden dazu gestellt haben und wer dies aus welchen Gründen den Medien gegeben hat.
- Das Eidgenössische Departement des Innern hat angekündigt, die Vereinbarung mit comparis.ch bezüglich der Website priminfo.ch zu kündigen. Diese Vereinbarung gilt seit dem 7. Juni 2012. Zum Zeitpunkt der Vereinbarung waren im BAG die Fakten, das heisst die jetzt von der Presse zitierte E-Mail, bekannt. Darum ist das Vorgehen des EDI äusserst fragwürdig: Warum nimmt es die Vorwürfe erst jetzt zum Anlass, die Vereinbarung aufzukündigen? Es ist äusserst befremdend, dass comparis.ch im Vorfeld die wesentlichen Informationen vorenthalten wurden und dass die Behörden bisher nicht mit offenen Karten gespielt haben.

Wir hoffen, dass die im «L'Hebdo» erhobenen Vorwürfe Ihr Vertrauen in das Unternehmen comparis.ch nicht beeinträchtigen. Sollten Sie nähere Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte ungeniert an uns!

Felix Schneuwly
Head of Public Affairs

Handy: 079 600 19 12
Telefon: 044 360 34 00
E-Mail: media@comparis.ch
www.comparis.ch

Artikel in der «SonntagsZeitung» vom 2. September 2012, Seite 3:

«Der Bund hat uns nicht informiert, das ist skandalös»

Richard Eisler, der Chef des Internetvergleichsdienstes Comparis, über einen Hackerangriff und die mögliche Klage des Bundesrats

ZÜRICH Bundesrat Berset erwägt eine Klage gegen den Internetvergleichsdienst Comparis. Nun äussert sich erstmals dessen Chef Richard Eisler zur Affäre um den Hackerangriff auf den Prämienrechner des Bundesamts für Gesundheit (BAG).

Alain Berset will gegen Sie klagen. Ihr Kommentar?
Die Frage wurde vom BAG bereits unter Didier Burkhalter untersucht. Es gibt keinen neuen Sachverhalt. Aber für Comparis bietet sich die Chance, die Sache aufzuklären.

Warum bekämpft das Departement aus Ihrer Sicht Ihren Dienst?
Krankenkassenwechsel schaffen Wettbewerbsdruck bei den Kassen. Ohne die Vergleiche und die Kassenwechsel würden die Kos-

ten massiv steigen. Das käme den Befürwortern der Einheitskasse gerade recht.

Weshalb haben Sie erst jetzt interne Untersuchungen zum Hackerangriff eingeleitet?

Wir haben die Hintergründe zum Angriff auf den BAG-Prämienrechner erst letzten Donnerstag erfahren – aus der Presse. Der Bund hat nicht selber über die Vorwürfe gegen uns informiert. Das ist skandalös.

Der verantwortliche Mitarbeiter sagte, er habe aus persönlichem Interesse gehandelt. Können Sie das erklären?
Der Mitarbeiter hatte den Bund-Rechner aus Neugier auf seine Sicherheit hin geprüft. Sie sind also nicht interessiert an den Daten des Bundes?

Doch. Aber wir haben die Prämiendaten vom BAG mittels

Der Angriff auf das BAG

Die SonntagsZeitung hat den freigestellten Mitarbeiter, der für den Hackerangriff verantwortlich ist, gestern getroffen. Der studierte Informatiker gab an, dass er das neue Instrument des Bundes auf spielerische Art prüfen wollte. Dazu hat er einen Code in das Postleitzahlfach des Prämienrechners eingegeben. Diese Proben lerne jeder Student im Studium. Es sei nie seine Absicht gewesen, Daten zu stehlen. Auch bei Comparis finden solche «Angriffe» häufig statt. Es sei ihm nie bewusst gewesen, dass ein solcher Versuch illegal sei. Weil er sich keiner Schuld bewusst war, habe er sich auch erst jetzt gemeldet, als die Details bekannt wurden.



Eisler: «Kein neuer Sachverhalt»

«Crawling», mit einer Art Suchmaschine, auf legalem Weg beschafft. Diese sind ja öffentlich. Wie viel nimmt Comparis jährlich mit der Vermittlung von Krankenkassenofferten ein? Diese Zahl legen wir nicht offen. Es gibt aber Berechnungen der eidgenössischen Finanzkontrolle, welche die Ausgaben der Kassen an Internetdienste insgesamt mit 16 Millionen Franken beziffern. Ungemach droht auch von Santésuisse. Sie will bei der

Kundenwerbung 60 bis 100 Millionen Franken einsparen.

Ja, aber das betrifft die Gesamtkosten für die Kassenwechsel und nicht nur Internetvergleichsdienste. Beim Klassenwechsel zu sparen, wäre falsch.

Berset will ein Gesetz schaffen, damit auch der Bund Offerten vermitteln kann – kostenlos.

Wenn es die rechtliche Grundlage gibt, kann er das. Für eine Aufsichtsbehörde ist das fragwürdig: Der Schiedsrichter darf beim Fussball auch keine Tore schießen.

Dennoch drohen Ihnen empfindliche Umsatzeinbussen.

Von einem Prämienrechner, den niemand kennt? Das BAG und die Krankenkassen müssten Millionen für die Bewerbung des Rechners ausgeben.

INTERVIEW: SERAINA KOBLER
UND SIMON BÄRTSCHI